



MEHR ERFAHREN

ABITUR

Geschichte
Bayern



ABITUR-TRAINING

Geschichte 1
Bayern

STARK



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 1

Bayern

STARK

Inhalt

Vorwort

Leben in der Ständegesellschaft des 15. bis 18. Jahrhunderts	1
1 Grundlegende Lebensbedingungen in der Frühen Neuzeit	2
1.1 Grundlinien der Bevölkerungsentwicklung (1500–1800)	2
1.2 Faktoren der Bevölkerungsentwicklung	3
2 Die Ständegesellschaft in der Frühen Neuzeit	6
2.1 Zusammensetzung und Entwicklung der Ständegesellschaft	6
2.2 Adel und Klerus	9
2.3 Bürgertum	15
2.4 Bauern	17
3 Die politisch-soziale Ordnung auf dem Land	20
3.1 Guts- und Grundherrschaft als Anker der Sozialstruktur	20
3.2 Lebensraum Dorf	23
4 Die politisch-soziale Ordnung in der Stadt	27
4.1 Entwicklung der bürgerlichen Stadt	27
4.2 Bürgerliche Oberschichten	30
4.3 Städtische Mittelschichten	31
4.4 Unterschichten	33
5 Vorindustrielle Arbeitswelten	36
5.1 Agrarische Subsistenzwirtschaft	36
5.2 Gewerbliche Arbeitswelten: das Handwerk	37
5.3 Früher Kapitalismus: das Verlagssystem	40
5.4 Manufakturwesen	41
6 Normierung und Kontrolle in der Ständegesellschaft	45
6.1 Haus und Familie	46
6.2 Obrigkeitliche Sozialfürsorge	47
7 Die Juden als besondere Randgruppe	50
7.1 Diffamierung, Diskriminierung und Verfolgung	50
7.2 Die Rechtsstellung der Juden	53
7.3 Strukturen jüdischen Lebens in der Frühen Neuzeit	53
7.4 Stabilisierung der Lebenssituation unter dem Vorzeichen wirtschaftlicher Nützlichkeit	54

Leben in der entstehenden Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts	59
1 Die Verringerung der äußeren Bedrohungen	60
2 Liberalisierung durch staatliche Reformen	64
2.1 Ausgangslage	64
2.2 Agrarreformen	68
2.3 Gewerbereformen	72
2.4 Montgelas' Reformen in Bayern	74
2.5 Industrialisierung in Bayern	75
3 Veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen	78
3.1 Pauperismus	78
3.2 Landflucht	80
3.3 Verstädterung	82
3.4 Urbanisierung: Leben in der modernen Großstadt	85
3.5 Proletarisierung der Arbeiter und die Soziale Frage	88
4 Praktische Ansätze zur Lösung der Sozialen Frage	92
4.1 Unternehmerische Ansätze	92
4.2 Kirchliche Reformansätze	93
4.3 Genossenschaftssystem der Raiffeisenbewegung	95
4.4 Organisierte Arbeiterbewegung	95
4.5 Bismarcks Sozialgesetzgebung	98
5 Lebenswelten innerhalb der Klassengesellschaft	101
5.1 Aufbau der Klassengesellschaft	101
5.2 Familiäre Lebenswelten	104
5.3 Infragestellung der Geschlechterrollen durch die Frauenbewegung	106
 Die Weimarer Republik – Demokratie ohne Demokraten?	113
1 Ursachen der Revolution von 1918/19 und das Ringen um eine neue Ordnung	114
2 Die Weimarer Reichsverfassung von 1919	117
3 Der Vertrag von Versailles 1919	122
3.1 Bestimmungen des Versailler Vertrags	122
3.2 Versailles als Diffamierungsparole	125
4 Segmentiertheit von Gesellschaft und Parteienlandschaft	127
4.1 Soziale Gruppen und ihre politischen Leitbilder	127
4.2 Die Parteien in der Weimarer Republik	128

5	Das Problem der alten Eliten	132
5.1	Die Reichswehr als „Staat im Staate“	133
5.2	Rechte Justiz	133
5.3	Die Wahl Hindenburghs zum Reichspräsidenten 1925 als Wendepunkt der Weimarer Republik	136
6	Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen	138
6.1	Zusammenbruch der Weltwirtschaft nach 1929	138
6.2	Innenpolitische Folgen der Wirtschaftskrise	140
6.3	Scheitern der Republik in den Präsidialkabinetten	142
7	Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik	148
 Hitlers willige Volksgenossen? Die Deutschen und der Holocaust		157
1	Die Beseitigung der Demokratie durch Hitler	157
1.1	Die „Machtergreifung“	157
1.2	Die „Gleichschaltung“ von Politik, Verwaltung und Reichswehr	161
2	Die Situation der deutschen Juden vor 1933	163
3	Antisemitismus als ideologischer Kern des Nationalsozialismus	166
3.1	Rassismus als pseudowissenschaftliche Grundlage	166
3.2	Hitlers Antisemitismus als „politische Erlösungsreligion“	167
3.3	Nationalsozialistischer und traditioneller Antisemitismus	168
4	Das Konzept der „Volksgemeinschaft“	171
4.1	Lebensraumpolitik	171
4.2	„Volksgemeinschaft“ und „Nationaler Sozialismus“	172
4.3	Radikaler Bruch mit den Werten der Aufklärung	172
4.4	Der Nationalsozialismus als Mythos und politische Religion	174
4.5	Führerprinzip	174
5	Identifikationsangebot der „Volksgemeinschaft“	176
5.1	Führermythos	176
5.2	Nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft	177
5.3	Propaganda	179
5.4	Kulturelle „Verführung“ (NS-Kulturpolitik)	181
5.5	Wertekonsens zwischen Konservativen und Nationalsozialisten	182
5.6	Korrumpierung großer Bevölkerungsgruppen	183
6	Die Politik des NS-Staats gegen die deutschen Juden	187
6.1	Diskriminierung und Boykott	187
6.2	Entreichtung	188
6.3	Ausschluss aus der Gesellschaft und Enteignung („Arisierung“)	189
6.4	Auswanderung und Exil deutscher Juden	190

7	Holocaust	192
7.1	Historische Bedeutung des Holocaust	192
7.2	Weitere Opfergruppen	194
7.3	Verlauf des Holocaust	195
7.4	Erklärungen für den Holocaust	202
7.5	Tätergruppen und ihre Motive	204
Die frühe Bundesrepublik –		
Erfolg der Demokratie durch „Wohlstand für alle“?		211
1	Die Erfahrung der Deutschen mit dem „Dritten Reich“	212
1.1	Entnazifizierung und Umerziehung durch die Siegermächte	213
1.2	„Lehren aus Weimar“: das Grundgesetz	214
1.3	Vergangenheitspolitik	217
1.4	„Wiedergutmachungspolitik“ gegenüber Israel	219
2	Ost-West-Konflikt und Westintegration	220
2.1	Blockbildung infolge des Ost-West-Konflikts	221
2.2	Westintegration der Bundesrepublik Deutschland	224
2.3	Rückgewinnung der staatlichen Souveränität	226
2.4	Wirtschaftliche Vereinigung Europas	229
3	Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder	231
3.1	Der politische Rahmen: die soziale Marktwirtschaft	232
3.2	Konkrete Ursachen des Wirtschaftswunders	234
3.3	Sozialpolitische Integrationsklammern	236
4	Gesellschaftliche Entwicklungen	
	in der frühen Bundesrepublik	241
4.1	Integration der Vertriebenen	241
4.2	Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit	244
4.3	Verwestlichung und Amerikanisierung	250
4.4	Die SBZ als Feindbild und Herausforderung	251
Die DDR – eine deutsche Alternative?		257
1	Anspruch und Wirklichkeit im „Arbeiter- und Bauernstaat“	258
1.1	Neubeginn des politischen Lebens in der SBZ	258
1.2	War die DDR ein demokratischer Staat?	260
1.3	Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR	262
1.4	Opposition und politische Unterdrückung in der DDR	263

2	Die DDR und der Westen	267
2.1	Deutschlandpolitische Standpunkte in der DDR und der Bundesrepublik bis 1969	267
2.2	Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition (1969–1982)	271
2.3	Folgen der Neuen Ostpolitik für die DDR-Gesellschaft (1972–1989)	274
3	Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR	278
3.1	Sozialpolitische Maßnahmen	278
3.2	Probleme der Wirtschaftspolitik	279
3.3	Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik	281
4	Grundgesetz oder „Dritter Weg“?	
	Konzepte für die Umwandlung der DDR in eine Demokratie	284
4.1	„Dritter Weg“ und „Runder Tisch“	284
4.2	Verfassungsrechtliche Vorstellungen zur Wiedervereinigung	286
5	Problematik der Geschichtserinnerung an die DDR	288
5.1	Unterschiedliche individuelle Sichtweisen in Ost und West	288
5.2	Offizielle Geschichtserinnerung an die DDR	290
Lösungen		295
Stichwortverzeichnis		319
Bildnachweis		325

Autor: Dr. Johannes Werner

Hinweise zum ActiveBook

Zu diesem Band stehen Ihnen digitale Ergänzungen zur Verfügung: Vorne im Umschlag des Buches finden Sie einen **Code**, mit dem Sie sich die digitalen Inhalte auf Ihren PC/Ihr Tablet laden können.

Das **ActiveBook** bietet Ihnen:



Digitale Flashcards zu den Großkapiteln. Die Lernkarten erleichtern Ihnen das rasche Wiederholen zentraler Lerninhalte.



Ein **digitales Glossar** zum schnellen Nachschlagen der wichtigsten Fachbegriffe.



Aufgaben im Stil des schriftlichen Abiturs mit ausführlichen Lösungen im pdf-Format.

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

dieses Abitur-Training enthält eine klar strukturierte Zusammenfassung aller lehrplanrelevanten Inhalte des **Geschichtsunterrichts der 11. Jahrgangsstufe**. Mit diesem Buch können Sie sich gezielt und effektiv auf den Unterricht, auf Klausuren und vor allem auf die Abiturprüfung vorbereiten.

Anhand zahlreicher **Schaubilder, Tabellen, Karten und Abbildungen** wird das komplette prüfungsrelevante Wissen nachvollziehbar dargestellt und anschaulich erklärt. Farbig hinterlegte **Grundwissens- und Infokästen** bereiten unverzichtbare Fakten und Zusammenhänge strukturiert auf.

Mithilfe abwechslungsreicher **Übungsaufgaben** im Anschluss an die Teilkapitel können Sie das erworbene Wissen selbstständig anwenden und überprüfen. Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes erlaubt die Kontrolle Ihres Lernerfolgs. Ein **Stichwortverzeichnis** ermöglicht Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.

Über den **Online-Code** erhalten Sie außerdem Zugang zu **digitalen Ergänzungen** dieses Trainingsbuchs:

- Um zu testen, ob Sie wichtige Fachbegriffe beherrschen, nutzen Sie die **Flashcards**. Ein Mausklick genügt und Sie können Ihr Wissen schnell überprüfen bzw. Wissenslücken erkennen.
- Das **Glossar** bietet die Möglichkeit, ganz einfach per Mausklick Fachbegriffe nachzuschlagen bzw. bestehende Wissenslücken zu schließen.
- Zum intensiven und vertieften Üben stehen Ihnen **Aufgaben im Stil des schriftlichen Abiturs** im pdf-Format zur Verfügung.



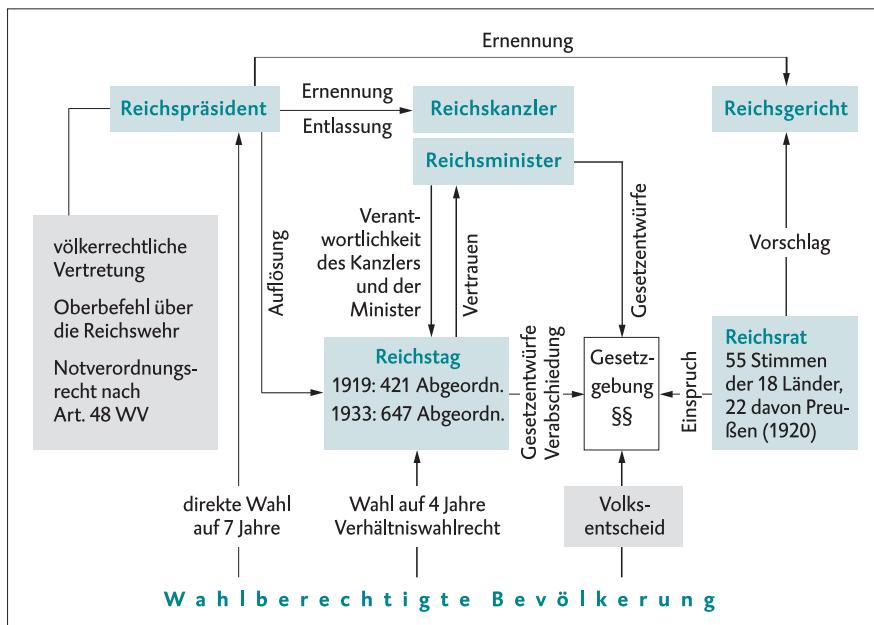
Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!

Dr. Johannes Werner

2 Die Weimarer Reichsverfassung von 1919

Die verfassunggebende Nationalversammlung trat am 6. Februar 1919 in Weimar zusammen. Sie wählte den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten **Reichspräsidenten** und erarbeitete nach einem Entwurf des liberalen Staatsrechtlers Hugo Preuß die neue Verfassung. Diese trat am 11. August 1919 in Kraft. Sie war die **erste demokratische Verfassung Deutschlands** und stand in der Tradition des gescheiterten Verfassungsentwurfs der Paulskirchenversammlung von 1849. Das bis heute geltende Grundgesetz der Bundesrepublik wurde 1948/49 als direkte Lehre aus den Schwächen der Weimarer Verfassung entworfen, ist also stark von ihr beeinflusst.

Die Weimarer Reichsverfassung im Überblick



Zentralismus und Föderalismus

Die Nationalversammlung einigte sich auf einen **bundesstaatlichen Charakter** des Reichs: Aus den deutschen Staaten wurden gemäß Artikel 2 der Weimarer Reichsverfassung **deutsche Länder**. Der Bundesrat als die entsprechende Institution des Kaiserreiches wurde als **Reichsrat** beibehalten und wie bisher mit weisungsgebundenen Vertretern der Landesregierungen besetzt. Er verlor aber seinen Rang als oberstes Reichsorgan und war eher auf eine beratende Mitwirkung bei der Gesetzgebung beschränkt.

Der Reichsrat besaß zwar ein **suspensives (aufschiebendes) Vetorecht**, aber dieses konnte im Reichstag mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden. Entsprechend brach nun Reichsrecht Landesrecht. Um dem Überge wicht Preußens entgegenzuwirken, wurden die Stimmen Preußens im Reichsrat mit einer komplizierten Regelung deutlich verringert.

Wahlsystem und plebiszitäre Elemente

Anders als im Kaiserreich besaß der vom Volk gewählte **Reichstag als zentrale legislative Kraft** einen großen Stellenwert. Er wurde für jeweils 4 Jahre durch allgemeines, gleiches, unmittelbares und geheimes Wahlrecht von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der **absoluten Verhältniswahl** gewählt: Die Sitze wurden strikt nach dem prozentualen Stimmenanteil der Parteien vergeben. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte durften jetzt auch **Frauen** wählen.

Zu den Aufgaben des Reichstags gehörten

- die Gesetzgebung,
- das Haushaltsrecht (Budgetrecht),
- die Kontrolle der Reichsregierung (einfaches Misstrauensvotum, Artikel 54),
- die Bestätigung des Reichskanzlers und der Reichsminister,
- die Ratifizierung von Staatsverträgen,
- die Bestätigung von Notverordnungen gemäß Artikel 48.

Folgende Elemente der Verfassung führten zu einer **Schwächung des Parlaments:**

- Das **Fehlen einer Prozenthürde** für Kleinparteien im Wahlrecht. Die Folgen waren die Zersplitterung des Reichstags und die strukturelle Instabilität der politischen Praxis, sichtbar an häufig wechselnden Koalitionen und Regierungen. Sie beeinträchtigten die Glaubwürdigkeit des demokratischen Systems bei der Bevölkerung.
- Auch **fehlte** der Weimarer Republik ein **verfassungsrechtlicher Schutz gegen antide mokratische Parteien**, wie er im Grundgesetz verankert ist; so legten nach 1930 die Rechts- und Linksextremen das Parlament praktisch lahm, weil antide mokratische Parteien nicht verboten werden konnten. Das uneingeschränkt demokratische Prinzip führte in dem Moment zur Krise der Demokratie, als die parlamentarische Mehrheit von Parteien gebildet wurde, die das demokratische System ablehnten (NSDAP, KPD seit 1930).
- Das starke plebiszitäre Element, d. h. die Möglichkeit, wichtige politische Entscheidungen durch eine **Volksabstimmung** herbeizuführen, schwächte die Stellung des Reichstags zusätzlich.

Der Reichspräsident

Die Reichsverfassung räumte dem Reichspräsidenten eine dominierende Stellung ein, sodass man von ihm als von einer Art „**Ersatzkaiser**“ sprechen kann. Die Direktwahl durch die wahlberechtigten Bürger (**plebisitäre Stellung**) und die lange Amtszeit von 7 Jahren hoben ihn über die Parteien. Als „personale Reichsspitze“ sollte er eine neutrale, über den Parteidifferenzen stehende Institution sein („**Hüter der Verfassung**“).

Die **weitreichenden Befugnisse** des Reichspräsidenten waren:

- die völkerrechtliche Vertretung des Reichs,
- der Oberbefehl über die Reichswehr,
- die Ernennung der Beamten und Offiziere,
- das Begnadigungsrecht und
- die Ernennung des Reichskanzlers und auf dessen Vorschlag der Reichsminister (Artikel 53). Die Reichsregierung war zwar zu ihrer Amtsführung an das Vertrauen des Reichstages gebunden, aber die Initiative zur Ernennung des Reichskanzlers lag allein beim Reichspräsidenten und nicht beim Reichstag, der auch keine Vorschläge unterbreiten durfte.
- Der in der Endphase der Republik bedeutsame **Artikel 48** der Verfassung regelte ein **Notverordnungsrecht**, das dem Reichspräsidenten erlaubte, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Notverordnungen über den Reichstag hinweg durchzusetzen, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln (**Diktaturgewalt**). In solchen Fällen durfte er auch die Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Nach Artikel 48 konnte der Reichspräsident ferner mithilfe der Reichswehr gegen ein Bundesland vorgehen, das seinen Pflichten gemäß der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen nicht nachkam (**Reichsexekution**). Der Reichstag konnte allerdings gegen solche Maßnahmen sein Veto einlegen und sie damit rückgängig machen.
- **Artikel 25** bestimmte das Recht des Präsidenten, den **Reichstag aufzulösen**. Dadurch konnte Artikel 48 leicht zum Instrument einer präsidialen Alleinregierung werden, wenn der Präsident auf ein Veto des Reichstags gegen eine Notverordnung mit der Auflösung des Reichstags reagierte. Dann lag die gesamte Macht bis zu Neuwahlen (nach der Verfassung innerhalb von 60 Tagen) direkt in der Hand des Reichspräsidenten. Die **Präsidialkabinette** nach 1930 funktionierten nach diesem System.

Die Reichsregierung

Die Regierung hatte eine **schwache Position**, da sie einerseits vom Reichstag mit einfacher Mehrheit und **destruktivem Misstrauensvotum** gestürzt werden konnte, andererseits vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig war und allein von ihm ernannt wurde (**doppelte Abhängigkeit**).

Der Reichskanzler bestimmte die Richtlinien der Politik und schlug dem Reichspräsidenten die Minister zur Ernennung vor. **Reichskanzler und Reichsminister** brauchten jedoch zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags. Ein Misstrauensvotum gegen den Kanzler hatte den Sturz der gesamten Regierung zur Folge.

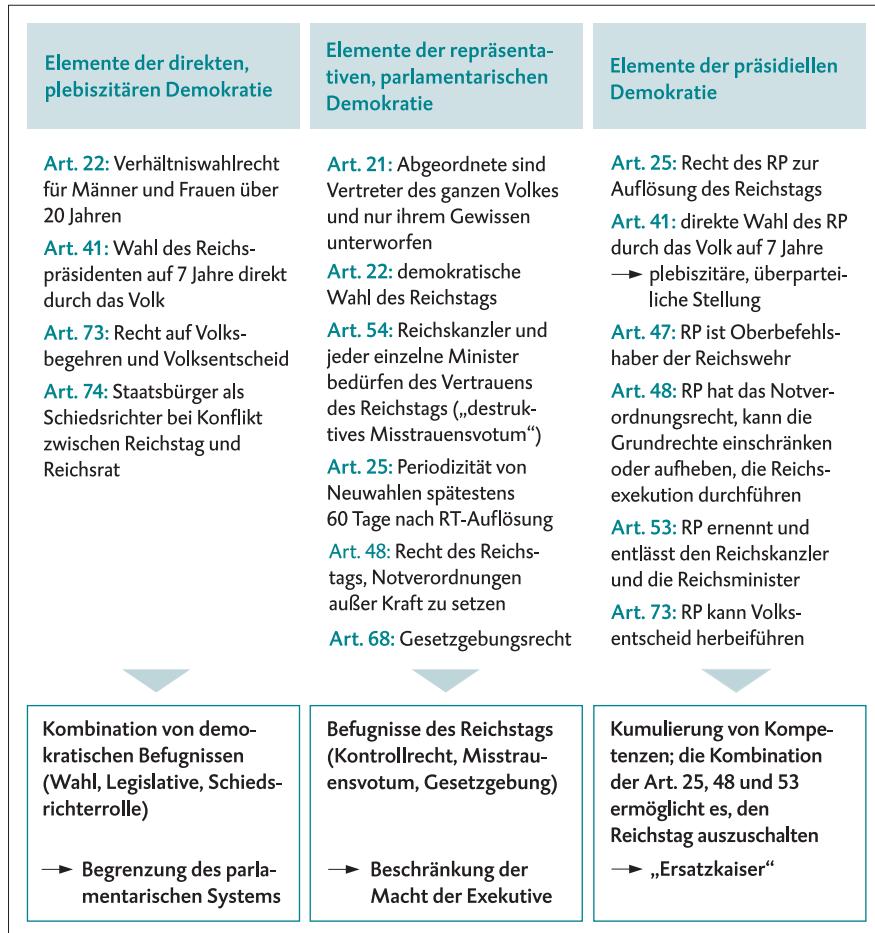
Das Grundgesetz ersetzte nach den Erfahrungen mit der Weimarer Demokratie das „destruktive“ durch ein „konstruktives Misstrauensvotum“, wonach der Bundeskanzler nur bei gleichzeitiger Wahl eines Nachfolgers gestürzt werden kann. Auf diese Weise besteht stets eine parlamentarisch legitimierte Regierung.

Grundrechte und Grundpflichten

Die Weimarer Nationalversammlung griff auf die **liberalen Grundrechte** zurück, wie sie schon in der Verfassung von 1849 enthalten waren: Die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Freiheit der Person, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht der freien Religionsausübung, das Petitionsrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimisses wurden hier garantiert.

Ferner stellte die Verfassung die Familie, Vereine, Gemeinden und das Berufsbeamtentum unter den besonderen Schutz des Staates. Diesen Grundrechten standen aber Grundpflichten gegenüber, vor allem der **Wehrdienst**, der allerdings den Bestimmungen des Versailler Vertrags widersprach und bis 1935 nicht eingefordert wurde. Die **Grundrechte** waren mehr Programm als geltendes Recht, ihre Einhaltung war **nicht einklagbar**. Im Grundgesetz sind heute dagegen die Grundrechte positives, also unmittelbares Recht und schützen die Bürger konkret vor staatlicher Willkür.

Demokratische Errungenschaften in der Weimarer Verfassung



Aufgabe

- 25 Stellen Sie die wichtigsten Merkmale der Weimarer Verfassung und ihre negativen Folgen dar.

Die Weimarer Republik – Demokratie ohne Demokraten?

	Merkmale der Verfassung von 1919	negative Folgen
25	<ul style="list-style-type: none"> zentralistischer, bundesstaatlicher Charakter, Reichsrat (Vertretung der Länder) kann vom Reichstag überstimmt werden demokratisch gewählter Reichstag als Legislative; Schwächung durch absolutes Verhältniswahlrecht, Fehlen einer Prozenthürde, Fehlen von verfassungsrechtlichem Schutz gegen Demokratiefeinde, Plebiszite relativ schwache Stellung des Parlaments (keine Wahl der Reichsregierung; Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten) starke Stellung des Reichspräsidenten als „Ersatzkaiser“ (direkte Wahl durch das Volk auf 7 Jahre; Berufung und Entlassung der Reichsregierung; Notverordnungsrecht der Art. 48 und 25) doppelt abhängige, schwache Reichsregierung (destruktives Misstrauensvotum, Vertrauen des Reichspräsidenten) 	<ul style="list-style-type: none"> Bedeutungsverlust der ehemals selbstständigen deutschen Staaten Zersplitterung des Parteiensystems und der Machtverteilung im Reichstag schwierige Koalitionsbildung fehlender Schutz gegen Radikale Zusammenbruch der parlamentarischen Willensbildung in der Krise nach 1930 fehlende Motivation zur Zusammenarbeit und Koalitionsbildung strukturelle Machtlosigkeit des Parlaments in der Phase der Präsidialkabinette Ermöglichung der Präsidialkabinette nach 1930 Hauptgrund für die Zerstörung der Republik unter Hindenburg nach 1930 sehr häufige Regierungswechsel und ständige Neuwahlen Verstärkung von antidemokratischen Einstellungen

26 Folgen des Versailler Vertrags für Deutschland:

- Gebiets- und Bevölkerungsverluste: Elsass-Lothringen an Frankreich; Posen, Westpreußen, Teile Ostpreußens an Polen; Verlust sämtlicher Kolonien; Deutschland verlor ein Siebtel seines Gebietes, ein Zehntel seiner Bevölkerung und bis zu einem Drittel seiner Rohstoffvorkommen (Erz, Kohle)
- schwere wirtschaftliche Belastungen durch die Reparationen (Entschädigungsleistungen) an die ehemaligen Kriegsgegner
- Entmilitarisierung und Begrenzung des militärischen Potenzials: Verzicht auf eine Flotte, Luftwaffe, schwere Waffen; Reduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann
- kollektive mentale Belastung durch die zugesprochene, aber zurückgewiesene Kriegsschuld (Art. 231); deshalb „Diktat von Versailles“ als bedeutender Angriffspunkt der Rechten gegen die demokratischen Regierungen („Erfüllungspolitiker“); fatale Wirkung der „Kriegsunschuldlegende“ und der „Dolchstoßlegende“ der Rechten auf große Teile der Bevölkerung



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 2

Bayern

STARK

Inhalt

Vorwort

Wurzeln europäischer Denkhaltungen und Grundlagen moderner politischer Ordnungsformen in Antike, Mittelalter und Früher Neuzeit	1
1 Antike Grundlagen europäischen Denkens im Überblick	2
1.1 Grundformen europäischen Denkens in der griechischen Antike: Empirie, Rationalität und Diskurs	3
1.2 Die Bedeutung der Römischen Rechtstradition	11
1.3 Die Rolle des Christentums bei der Bewahrung antiken Wissens im Mittelalter	18
2 Trennung von weltlicher und geistlicher Gewalt	25
3 Wurzeln des modernen Föderalismus im Alten Reich	32
3.1 Die Entwicklung des politischen Ständewesens	32
3.2 Das Alte Reich – ein staatspolitisches „Monstrum“	36
3.3 Verfassungsgeschichtliche Zäsuren	42
3.4 Der Reichstag als zentrale Institution des Alten Reichs	51
4 Wandel des Denkens durch die Aufklärung	58
4.1 Die Weiterentwicklung des Welt- und Menschenbilds	58
4.2 Staatstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts	64
4.3 Menschen- und Bürgerrechte	72
„Volk“ und „Nation“ als Identifikationsmuster	77
1 „Volk“ als Konstrukt eines Geschichtsbilds	78
1.1 Nationale Vergangenheitskonstruktion durch historische Ursprungsmythen	78
1.2 Die Varusschlacht im Jahr 9 n. Chr.	87
2 Die Vorstellung der modernen Nation und Probleme der Nationalstaatsbildung	91
2.1 Staatsbürger oder Volk? – Unterschiedliche Konzepte von „Nation“	91
2.2 Deutschland als „Nation“ zwischen Einigung und Abgrenzung	95
3 Nationale Fremd- und Selbstbilder: das deutsch-französische Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert	102
4 Überwindung nationalistischer Konfrontation	117

Der Nahe Osten: Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts 127

1	Das antike Palästina im Widerstreit von Herrschaftsinteressen ...	128
1.1	Die mythischen Ursprünge des jüdischen Volks	128
1.2	Die „Babylonische Gefangenschaft“ der Juden	130
1.3	Die Juden während der hellenistischen Zeit	131
1.4	Das jüdische Volk unter römischer Herrschaft	132
2	Religiöse und kulturelle Konflikte zwischen Christen und Muslimen im Zeitalter der Kreuzzüge	139
2.1	Der Aufruf Papst Urbans II. zum Ersten Kreuzzug	139
2.2	Der Erste Kreuzzug und die christlichen Kreuzfahrerstaaten	142
2.3	Das Ende der Kreuzfahrerstaaten	144
3	Der Zionismus und die Konflikte zwischen Arabern und Juden in Palästina bis zur Gründung Israels	147
3.1	Antisemitismus in West- und Osteuropa im 19. Jahrhundert	147
3.2	Theodor Herzl und der Zionismus	149
3.3	Die britische Nahostpolitik während des Ersten Weltkriegs	152
3.4	Die britische Mandatsherrschaft in Palästina und die Gründung des Staates Israel (1920–1948)	156
4	Israel und seine arabischen Nachbarn im Spannungsfeld des Kalten Kriegs (1948–1989)	170
4.1	Suezkrise – Suezkrieg (1956)	170
4.2	Sechstagekrieg (1967)	173
4.3	Yom-Kippur-Krieg (1973)	178
4.4	Das Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel	180
4.5	Erster Libanonkrieg (1982)	183
5	Intifada und Roadmap: Beispiele für die Gefährdung und Gestaltung des Friedensprozesses im Nahen Osten	185
5.1	Erste Intifada: Aufstand gegen die israelische Besetzung	185
5.2	Zweiter Golfkrieg (1990/91)	189
5.3	Von Madrid über Oslo nach Camp David: der Friedensprozess und sein Scheitern	190
5.4	Zweite Intifada („Al-Aqsa-Intifada“)	194
5.5	Die „Roadmap“ des Nahostquartetts	196
6	Zweiter Libanonkrieg (2006) und Gazakrieg (2009)	198

Die USA – von den rebellischen Kolonien zur globalen Supermacht	203
1 Die Herausbildung des amerikanischen Selbstbewusstseins im Unabhängigkeitskampf gegen England	204
1.1 Die Entwicklung der Kolonien in Nordamerika (1607–1763)	204
1.2 Wachsende Spannungen zwischen dem Mutterland Großbritannien und den Kolonien (1763–1775)	209
1.3 Der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg (1775–1783)	212
1.4 Von der Unabhängigkeitserklärung (1776) zur Bundesverfassung (1787)	214
2 Der Aufstieg der USA zur Weltmacht im 19. Jahrhundert	220
2.1 Territoriale Ausdehnung der Vereinigten Staaten und vollständige Erschließung des Kontinents bis 1890	220
2.2 Die USA auf dem Weg zur führenden Wirtschaftsmacht	226
2.3 Die Außenpolitik der USA im Zeichen des Imperialismus	228
3 Die USA im Zeitalter der Weltkriege	233
3.1 Die Intervention im Ersten Weltkrieg	233
3.2 Die USA in der Zwischenkriegszeit	237
3.3 Die USA und der Zweite Weltkrieg	240
4 Die USA in der Zeit des Kalten Kriegs (1945–1991)	247
4.1 Die Situation der USA nach Ende des Zweiten Weltkriegs	247
4.2 Der Beginn des Kalten Kriegs und der Übergang zur Politik der Eindämmung	248
4.3 Der Koreakrieg (1950–1953)	250
4.4 Die Kubakrise (1962): Höhepunkt und Wendepunkt des Kalten Kriegs	253
4.5 Der Vietnamkrieg	257
4.6 Die Rückkehr zur Konfrontation	261
5 Motive, Möglichkeiten und Grenzen der einzigen verbliebenen Supermacht USA	265
5.1 Zweiter Golfkrieg (1990/91): Die erste Bewährungsprobe für die neue Weltordnung	265
5.2 Krise auf dem Balkan: die Jugoslawienkriege	267
5.3 „Krieg gegen den Terror“ als Reaktion auf den Angriff vom 11. September 2001	271
Lösungen	279
Stichwortverzeichnis	299
Bildnachweis	307

Autoren: Petronilla Ehrenpreis, Bert Freyberger, Heinrich Müller

Hinweise zum ActiveBook

Zu diesem Band stehen Ihnen digitale Ergänzungen zur Verfügung: Vorne im Umschlag des Buches finden Sie einen **Code**, mit dem Sie sich die digitalen Inhalte auf Ihren PC/Ihr Tablet laden können.

Das **ActiveBook** bietet Ihnen:



Digitale Flashcards zu den Großkapiteln. Die Lernkarten erleichtern Ihnen das rasche Wiederholen zentraler Lerninhalte.



Ein **digitales Glossar** zum schnellen Nachschlagen der wichtigsten Fachbegriffe.



Aufgaben im Stil des schriftlichen Abiturs mit ausführlichen Lösungen im pdf-Format.

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

dieses Abitur-Training enthält eine klar strukturierte Zusammenfassung aller lehrplanrelevanten Inhalte des **Geschichtsunterrichts der 12. Jahrgangsstufe**. Mit diesem Buch können Sie sich gezielt und effektiv auf den Unterricht, auf Klausuren und vor allem auf die Abiturprüfung vorbereiten.

Anhand zahlreicher **Schaubilder, Tabellen, Karten und Abbildungen** wird das komplette prüfungsrelevante Wissen nachvollziehbar dargestellt und anschaulich erklärt. Farbig hinterlegte **Grundwissens- und Infokästen** bereiten unverzichtbare Fakten und Zusammenhänge strukturiert auf.

Mithilfe abwechslungsreicher **Übungsaufgaben** im Anschluss an die Teilkapitel können Sie das erworbene Wissen selbstständig anwenden und überprüfen. Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes erlaubt die Kontrolle Ihres Lernerfolgs. Ein **Stichwortverzeichnis** ermöglicht Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.

Über den **Online-Code** erhalten Sie außerdem Zugang zu **digitalen Ergänzungen** dieses Trainingsbuches:

- Um zu testen, ob Sie wichtige Fachbegriffe sicher beherrschen, nutzen Sie die **Flashcards**. Ein Mausklick genügt und Sie können Ihr Wissen schnell überprüfen bzw. Wissenslücken erkennen.
- Das **Glossar** bietet die Möglichkeit, ganz einfach per Mausklick Fachbegriffe nachzuschlagen bzw. bestehende Wissenslücken zu schließen.
- Zum intensiven und vertieften Üben stehen Ihnen **Aufgaben im Stil des schriftlichen Abiturs** im pdf-Format zur Verfügung.



Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!

Petronilla Ehrenpreis

Bert Freyberger

Heinrich Müller

Dr. Petronilla Ehrenpreis

Dr. Bert Freyberger

Heinrich Müller

2 Religiöse und kulturelle Konflikte zwischen Christen und Muslimen im Zeitalter der Kreuzzüge

Zwischen dem 7. und 9. Jahrhundert breitete sich der Islam über den Vorderen Orient, Nordafrika, Spanien, Sizilien und weite Teile Mittelasiens aus. Trotz mehrmaliger Belagerung Konstantinopels konnte sich das Byzantinische Reich gegen eine vollständige islamische Eroberung verteidigen. Jedoch verlor das Reich bereits in den 30er- und frühen 40er-Jahren des 7. Jahrhunderts seine östlichen Provinzen Syrien und Palästina sowie Ägypten an die Araber.

Die **Christen** der eroberten Gebiete wurden – wie die Juden – unter islamischer Herrschaft toleriert und galten nach islamischem Recht als **Schutzbefohlene**, jedoch mit teils eingeschränkten Rechten im Vergleich zu den Muslimen. So konnte die christliche und jüdische Bevölkerung gegen Zahlung einer **Kopfsteuer** weiterhin relativ frei ihre eigene Religion ausüben. Für die christlichen Eliten, die häufig sogar zum Islam konvertierten, war die wissenschaftlich und kulturell überlegene Welt der Muslime von großem Reiz, denn die Araber hatten weitaus früher Zugang zum Erbe der Antike. Die Christen profitierten von diesen Erkenntnissen (vgl. S. 3 f.), die im Abendland zum großen Teil in Vergessenheit geraten waren.

In der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts sah sich der **Kalif von Bagdad**, das geistliche und politische Oberhaupt der Muslime, mit **innerpolitischen Konflikten** konfrontiert. Diese ermöglichten es dem Byzantinischen Reich, Gebiete im östlichen Mittelmeerraum zurückzuerobern und die Araber wieder von Kreta und Zypern zu vertreiben. Allerdings waren die Auseinandersetzungen zwischen Byzanz und islamischer Welt noch nicht primär religiös motiviert, vielmehr ging es um territoriale Gewinne und Machtansprüche. Die Zerstörung der Grabeskirche in Jerusalem im Jahr 1009 und die zeitgleiche Christenverfolgung auf Befehl des Kalifen Al-Hakim sind deshalb eher als Gräueltat eines Einzelnen zu bewerten denn als Ausdruck antichristlicher Gesinnung unter den Muslimen jener Zeit.

2.1 Der Aufruf Papst Urbans II. zum Ersten Kreuzzug

Hilfsersuchen des byzantinischen Kaisers an den Papst

Die militärischen Erfolge des Byzantinischen Reichs waren aber nicht von Dauer, denn in dem entstehenden seldschukischen Reich erwuchs den Byzantinern im Osten ein starker Gegner. Der Kalif von Bagdad hatte 1055 die Macht der **Seldschuken**, einer türkischen Fürstendynastie, anerkannt und ihren Feld-

herrn Tughrul Beg zum Sultan ernannt. Dessen Nachfolger Sultan Alp Arslan errang 1071 einen **entscheidenden Sieg gegen Byzanz** und leitete damit die türkische Besiedlung Anatoliens ein. Mit dem Verlust Anatoliens verlor Byzanz ein wichtiges Rekrutierungsreservoir für die Armee, was seine militärische Macht erheblich schwächte. Im Jahr 1078 eroberten die Seldschuken schließlich **Syrien** und nahmen zudem **Jerusalem** ein.

Angesichts dieser Notlage bat der byzantinische Kaiser Alexios I. Komnenos Papst Urban II. im März 1095 auf der **Synode von Piacenza** um militärischen Beistand. Alexios hoffte auf kampferprobte Söldner aus dem Abendland, die die Durchschlagskraft der byzantinischen Armee verbessern sollten. Um dem Hilfsersuchen Nachdruck zu verleihen, wurden von byzantinischer Seite die **Bedrohung der Christenheit durch die Seldschuken** und deren Grausamkeiten gegenüber den christlichen Pilgern übertrieben dargestellt und die Notwendigkeit der Befreiung Jerusalems von den Moslems hervorgehoben.

Die Interessenlage des Papstes

Die Autorität Papst Urbans II. war zu diesem Zeitpunkt durch den fortdauern-den **Investiturstreit** infrage gestellt, hatte Kaiser Heinrich IV. doch bereits 1080 mit Clemens III. einen Gegenpapst eingesetzt (vgl. S. 29). Dass sich der byzantinische Kaiser mit der Bitte um Unterstützung an ihn – nicht an den Gegenpapst – wandte, bedeutete für Urban II. deswegen einen erheblichen Prestigegegewinn. Zudem konnte der Papst mit dem Aufruf zum bewaffneten Vorgehen gegen die Heiden seinen Anspruch auf die **Führung über die gesamte Christenheit** untermauern, sollte einst die Kirchenunion wiederhergestellt werden – die Spaltung in eine römisch-katholische und eine griechisch-orthodoxe Kirche im Jahr 1054 („Morgenländisches Schisma“) lag noch nicht allzu lange Zeit zurück.

Auf dem **Konzil in Clermont-Ferrand** rief Papst Urban II. am 27. November 1095 in einer mitreißenden Rede zur Befreiung des Heiligen Grabs aus den Händen der Ungläubigen und damit zum **Ersten Kreuzzug** auf. Unter anderem begründete er die Notwendigkeit des Kreuzzugs mit Angriffen der Heiden auf christliche Pilger in der jüngsten Vergangenheit, welche die heiligen Stätten in Jerusalem besuchen wollten. Für die Teilnahme an der Rettung von Byzanz und der orientalischen Christenheit versprach der Papst einen doppelten Lohn: einen himmlischen (Erlangung des Seelenheils und Vergebung von Sünden) und einen irdischen (Beute, Kriegsruhm).

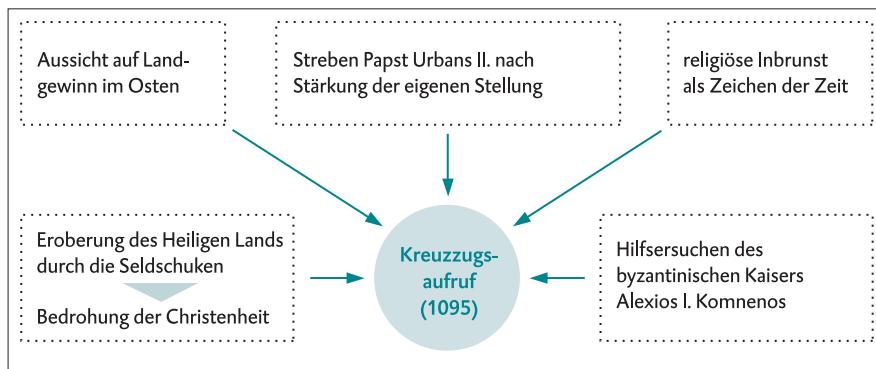
Gründe für die große Resonanz des päpstlichen Aufrufs zum Kreuzzug

Die Rede des Papstes erzielte eine ungeheure Wirkung, und unter den Zuhörern soll sich als unmittelbare Reaktion die Parole „**Deus lo vult**“ („Gott will es“) verbreitet haben. Viele Zuhörer hefteten sich als äußeres Zeichen ihres Gelübdes, in das Heilige Land zu ziehen, ein Stoffkreuz auf die Brust. Mit seiner Aufforderung zum Kreuzzug traf Urban II. einen Nerv der Zeit. Diese Epoche war nämlich nicht zuletzt aufgrund der **kirchlichen Reform- und Emanzipationsbestrebungen** der zurückliegenden Jahre von einer starken religiösen Inbrunst geprägt.

Auch für die Kreuzfahrer selbst boten sich etliche Vorteile: Ihr Eigentum wurde für die Dauer des Kreuzzugs unter den Schutz der Kirche gestellt und ihre Schulden gestundet. Gerade für die jüngeren, nicht erbberechtigten Söhne des Adels mit nur geringen wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven in der Heimat stellte die Aussicht auf **Landgewinn** im Osten eine große Motivation dar. Das **Bevölkerungswachstum** im Europa des 11. Jahrhunderts erschwerte es generell, ein Auskommen zu finden. Dies förderte die Bereitschaft vieler, am Kreuzzug teilzunehmen.

Die überaus große Resonanz auf den Aufruf zum Kreuzzug kam trotz allem überraschend. Urban II. selbst hatte eher im Sinn, ein kleines Heer aus südfranzösischen Rittern zu rekrutieren, um den bedrohten Christen im Osten zu Hilfe zu kommen und eventuell Jerusalem zu befreien. Die nun angestoßene Massenbewegung entzog sich dagegen rasch der Kontrolle durch den Papst.

Hintergründe für den Kreuzzugsaufruf von Papst Urban II.



2.2 Der Erste Kreuzzug und die christlichen Kreuzfahrerstaaten

Auftakt der Kreuzzugsbewegung: die „Volkskreuzzüge“ 1096

Von Wanderpredigern angefacht, kam es im Jahr 1096 zu sog. Volkskreuzzügen. Es handelte sich um ungeordnete Haufen meist einfacher Leute, die auf ihrem Weg nach Jerusalem plündernd und raubend durch das Land zogen. Keine dieser Scharen erreichte jedoch ihr Ziel. Sie wurden vielmehr von den Seldschuken und Truppen des ungarischen Königs geschlagen und aufgerieben.

Beim Aufbruch dieser Arme-Leute-Heere kam es zu entsetzlichen **Pogromen an den Aschkenasim** (hebr. „deutsche Juden“), die in jüdischen Gemeinden am Rhein lebten. Hunderte von Juden verloren dabei ihr Leben. Für die Pogrome lassen sich im Wesentlichen zwei Beweggründe festmachen: Zum einen wollten sich die mittellosen Haufen durch den Überfall auf jüdische Gemeinden bereichern, zum anderen sahen die Teilnehmer an den Volkskreuzzügen ihr brutales Vorgehen religiös gerechtfertigt. Da die Juden als „Christusmörder“ diese Behandlung verdient hätten, wurde die mörderische Gewaltanwendung als gottgefälliges Werk interpretiert. Zwangstaufen von Juden verdeutlichen aber, dass es sich im Mittelalter um (religiös-theologischen) **Antijudaismus** handelte und nicht um (rassistischen) Antisemitismus im modernen Sinn.

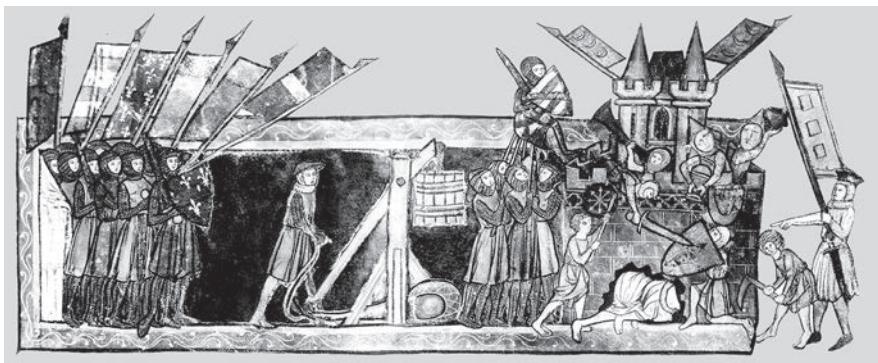
Der Kreuzzug der Ritterheere und die Eroberung Jerusalems 1099

Nach dem Aufruf Urbans II. brachen im Sommer 1096 auch Ritterheere, die von adligen Fürsten befehligt wurden, aus Süd- und Westfrankreich, Lothringen, der Normandie und Flandern sowie ein Heer süditalienischer Normannen in Richtung Heiliges Land auf. Die **Kreuzfahrerheere** vereinigten sich zwischen Spätherbst 1096 und Mai 1097 in **Konstantinopel**. Für den byzantinischen Kaiser Alexios I. Komnenos war die Präsenz der Kreuzritter in seinem Land eine zweischneidige Angelegenheit: Einerseits waren sie willkommene Verbündete im Kampf gegen die Seldschuken, andererseits stellten sie aber ein Sicherheitsrisiko für den Bestand des eigenen Reichs dar.

Das vereinigte Heer der Kreuzfahrer erreichte im Jahr 1099 **Jerusalem**. Nach mehrwöchiger Belagerung gelang es den Angreifern, die Stadt einzunehmen. Christliche wie muslimische Augenzeugen berichten in später erstellten Chroniken von **Massakern an der muslimischen und jüdischen Bevölkerung**. Die Kreuzfahrer ermordeten die Bewohner Jerusalems ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht. So wurden in der al-Aqsa-Moschee alle Zuflucht Suchenden umgebracht, wobei die fränkischen Kreuzritter, so genannt, da die meisten von ihnen aus Frankreich stammten, auch vor Gelehrten und Imamen nicht halt-

machten. Viele Juden, die sich in die Hauptsynagoge geflüchtet hatten, wurden getötet, als die Kreuzritter die Synagoge niederbrannten. Wegen der großen Brutalität der Kreuzritter bei der Eroberung Jerusalems grub sich das Geschehen in das kollektive Gedächtnis von Muslimen und Juden ein.

Entscheidend für den Erfolg der Kreuzritter waren zum einen ihr **religiöser Fanatismus**, der die Kampfbereitschaft extrem anstachelte, zum anderen die religiöse und **politische Zerstrittenheit der muslimischen Welt**. Diese war in zahlreiche arabische und türkische Kleinfürstentümer zersplittert, die sich untereinander bekämpften und sich zum Teil mit dem Kreuzfahrerheer arrangiert hatten. So kam es auch nach dem Verlust Jerusalems zunächst zu keiner entschlossenen Gegenwehr.



Eroberung Jerusalems durch die Kreuzfahrer, 1099

Nach der Eroberung Jerusalems sollten noch weitere Kreuzzüge folgen, doch hat der Erste Kreuzzug sowohl in der mittelalterlichen Überlieferung als auch in der historischen Forschung einen besonderen Stellenwert eingenommen. Denn in ihm fokussieren sich **politisch-religiöse Motive** und **militärisch-strategische Probleme**, die sich in den späteren Kreuzzügen wiederfinden.

Die Entstehung der Kreuzfahrerstaaten

1099 wurde der Heerführer **Gottfried von Bouillon** zum ersten Herrscher Jerusalems gewählt. Er nannte sich aus Demut aber nicht König – Jesus Christus hatte in dieser Stadt die Dornenkrone getragen –, sondern weitaus bescheidener „Verteidiger des Heiligen Grabes“. Nach seinem Tod übernahm sein Bruder **Baldwin von Boulogne** die Macht. Er war weniger zurückhaltend als sein Bruder und ließ sich am Weihnachtstag 1100 zum ersten christlichen König von Jerusalem krönen. Damit wurde er zum Begründer des **Königreichs Jerusalem**.

Insgesamt entstanden in Palästina (entlang der Mittelmeerküste) und in Syrien aufgrund der militärischen Erfolge der Kreuzritter **vier Kreuzfahrerstaaten**. Neben dem Königreich Jerusalem waren dies die Grafschaft Tripolis, das Fürstentum Antiochia und die Grafschaft Edessa.

Bei Weitem nicht alle Kreuzfahrer, die an der Eroberung der Herrschaftsgebiete beteiligt waren, blieben in Palästina. Vielmehr kehrte ein großer Teil von ihnen in die Heimat zurück. Die verbleibenden Kreuzritter schufen Feudalstaaten im Vorderen Orient, die von muslimischen Feinden umgeben waren und ca. zwei Jahrhunderte Bestand hatten. Da die Küstenregionen in der Hand der christlichen Ritter waren, konnten die Kreuzfahrerstaaten über den Seeweg versorgt werden. Die Länder wurden **Outremer** („Länder in Übersee“) genannt.

Die abendländischen Ritter waren in den Kreuzfahrerstaaten gegenüber der muslimischen, jüdischen oder christlich-orthodoxen Bevölkerung in der Minderheit. Die christlichen „Franken“ – so die Bezeichnung der Kreuzritter in den arabischen Quellen – erlaubten den Moslems und Juden meist die **freie Religionsausübung**. Außerdem gestanden sie ihnen aus wirtschaftlichen Gründen gewisse Rechte zu. Obwohl die herrschende fränkische Schicht teilweise orientalische Gewohnheiten (z. B. Kleidung, Essen) annahm und es vereinzelt zu Kontakten mit der einheimischen Bevölkerung kam, wurden die trennenden Schranken meist aufrechterhalten. Die Muslime akzeptierten zu keinem Zeitpunkt die Herrschaft der Franken, sondern waren vielmehr darum bemüht, die christlichen Ritter aus ihrer Heimat zu vertreiben.

2.3 Das Ende der Kreuzfahrerstaaten

Im Jahr 1144 gelang es dem Heerführer des seldschukischen Sultans, Imad ad-Din Zengi, die **Grafschaft Edessa** zu erobern. Sein militärischer Erfolg stellte für die muslimische Welt ein wichtiges Signal dar, demonstrierte er doch, dass es möglich war, die abendländischen Ritter zu besiegen.

Nachfolgende Aufrufe Papst Eugens III. zu einem neuen Kreuzzug fanden nicht mehr die Resonanz, die der Erste Kreuzzug hervorgerufen hatte. Die einstige Begeisterung war inzwischen einer gewissen Ernüchterung gewichen. Der **Zweite Kreuzzug** (1147–1149) unter Führung des französischen Königs **Ludwig VII.** und des römisch-deutschen Königs **Konrad III.** brachte keine durchschlagenden Erfolge. Deren Vorhaben, gemeinsam mit König Balduin III. von Jerusalem das wohlhabende **Damaskus** anzugreifen, erwies sich als folgenreiche Fehlentscheidung. Denn die in Damaskus regierende Dynastie bat in dieser Notlage trotz vorhandener Spannungen den Sohn Sultan Zengis, **Nur**

ad-Din, um Hilfe, worauf dieser ein **Entsatzheer** zur Befreiung der Eingeschlossenen schickte. Die Kreuzfahrer mussten die Belagerung von Damaskus aufgeben, was zum Scheitern des Zweiten Kreuzzugs beitrug.

Nur ad-Din gelang es in den folgenden Jahren, nicht zuletzt durch die Propagierung der Idee des „Heiligen Kriegs“, seine Macht auszuweiten und in Syrien einen geschlossenen „islamischen Machtblock“ (Thorau) zu formen. In Ägypten vermochte der junge **Sultan Saladin**, der dort als Statthalter Nur ad-Dins fungierte, seine Stellung zu festigen. Nach dem Tod Nur ad-Dins stieg Saladin zu dessen Nachfolger auf und konsolidierte zunächst seine Macht, bevor er gegen die „Ungläubigen“ in den Kreuzfahrerstaaten vorging. Er fügte den Kreuzfahrern 1187 in der Nähe des Dorfs **Hattin** eine **verheerende Niederlage** zu und eroberte dann rasch fast das gesamte Königreich Jerusalem. Die Kreuzfahrer hatten mit Antiochia, Tripolis und Tyrus nur noch drei Brückenköpfe in Palästina.

Die Niederlagen und die daraus resultierenden Hilferufe veranlassten Kaiser **Friedrich Barbarossa**, den französischen König Philipp II. August und den englischen Herrscher **Richard Löwenherz** 1188 zum **Dritten Kreuzzug** (1188–1192). Friedrich Barbarossa ertrank jedoch im Juni 1190 auf dem Weg ins Heilige Land beim Baden im Fluss Saleph in Kilikien. Ein großer Teil seines Heeres kehrte daraufhin auf dem Seeweg nach Hause zurück.

Die Problematik der Züge wurde beim **Vierten Kreuzzug** (1202–1204) besonders deutlich: Auf Betreiben Venedigs, in dessen Interesse der ungestörte Handel im Bereich des Schwarzen Meeres lag, wurde im April 1204 **Konstantinopel**, das Zentrum des östlichen Christentums, gestürmt und erobert; dabei kam es zu umfassenden Plünderungen, Zerstörungen und zu einem entsetzlichen Blutbad an den orthodoxen Christen dort. Dieses Vorgehen zeigte, dass machtpolitische Motive eindeutig Vorrang vor religiösen Beweggründen hatten.

Eine weitere Initiative zur Rückgewinnung der Heiligen Stadt erfolgte unter **Kaiser Friedrich II.** Diesem gelang es 1229 auf dem Verhandlungsweg, die Herrschaft über Jerusalem zu erlangen. Jedoch war die Übereinkunft auf zehn Jahre begrenzt und schloss den Felsendom und die al-Aqsa-Moschee aus; diese blieben in muslimischer Hand. 1244 fiel die Stadt schließlich wieder in die Hände der Muslime. Als **Akkon**, einer der letzten Stützpunkte der Kreuzfahrer, 1291 von den Muslimen eingenommen wurde, war die Herrschaft der Kreuzfahrer unwiderruflich beendet. Weitere Versuche, das Heilige Land zurückzuerobern, scheiterten bereits in der Planungsphase.

Bilanz der Kreuzzüge

Die von der Kreuzzugsbewegung angestrebten Ziele wurden letztlich nicht erreicht. Zwar konnten die Kreuzritter Jerusalem erobern, doch hatte das Königreich ebenso wie die anderen Kreuzfahrerstaaten keinen Bestand. Es wurde auch bald offenbar, dass die Anführer der Kreuzfahrerheere weniger religiöse als vielmehr eigene **machtpolitische Interessen** verfolgten. Die Eroberung des christlichen Konstantinopel beim Vierten Kreuzzug und die damit einhergehende Gewaltausübung zeigten dies ganz deutlich. Da sich die Kreuzfahrer den orthodoxen Christen in Palästina überlegen fühlten und letztere nicht gleichberechtigt waren, vertiefte sich auch die **Kluft zwischen römischer und griechisch-orthodoxer Kirche** – die Wiederherstellung der Kirchenunion rückte in weite Ferne. Eine weitere Folge der Kreuzzüge war das Entfachen eines mörderischen **Antijudaismus** im Reich, der der Toleranz gegenüber dem Judentum ein Ende setzte. Durch die Kreuzzugsbewegung wurde außerdem der **Fanatismus** auf christlicher wie muslimischer Seite stark angeheizt und die religiöse Duldsamkeit vermindert.

Auch die **Kreuzritter** profitierten nicht von den Zügen ins Heilige Land. Denn selbst wenn die Ritter die Kämpfe überlebten, verloren sie häufig einen großen Teil ihres Vermögens und **verarmten**, da sie die Kosten für die „bewaffnete Wallfahrt“ selbst tragen mussten. Die Kirche gehörte ebenfalls zu den Verlierern der Kreuzzugsbewegung. Diese war der kirchlichen Kontrolle entglitten und das machtgierige Verhalten der Kreuzritter schädigte den Ruf der Kirche nachhaltig.

Freilich war der kontinuierliche Austausch zwischen christlich und muslimisch geprägter Kultur über Sizilien, Süditalien und vor allem die Iberische Halbinsel, wo das Christentum nach der im 9. Jahrhundert einsetzenden Rückeroberung arabischer Gebiete („Reconquista“) nicht mehr abgelöst wurde, besonders fruchtbar und nachhaltig. Aber auch durch die Kreuzzüge intensivierten sich die **Kontakte zwischen Orient und Okzident**.

Aufgaben

- 13 Beschreiben Sie Entstehung, Verlauf und Ergebnis des Ersten Kreuzzugs.
- 14 Zeigen Sie die langfristigen Folgen der Kreuzzugsbewegung auf.

der Juden keinen Zutritt mehr haben; Umbenennung Judäas in „Syria Palaestina“ (Bestreben der Römer, Bezug der Region zur jüdischen Geschichte zu tilgen); Verlagerung des religiösen Zentrums nach Galiläa.

13 Entstehung, Verlauf und Ergebnis des Ersten Kreuzzugs:

- nach der Eroberung Anatoliens und der Einnahme Jerusalems durch die Seldschuken Hilferuf des byzantinischen Herrschers Alexios I. Komnenos an Papst Urban II. im März 1095;
- Aufruf des Papstes zum Kreuzzug auf dem Konzil in Clermont-Ferrand 1095: Bildung einer Massenbewegung zur Befreiung des Heiligen Landes;
- „Volkskreuzzüge“ 1096: beim Aufbruch Pogrome an Juden im Rheingebiet durch die Arme-Leute Heere; diese erreichten nicht das Heilige Land;
- Kreuzzug der Ritter: Vereinigung von christlichen Kreuzfahrerheeren in Konstantinopel 1096/97, Belagerung und Eroberung Jerusalems 1099, Massaker an Juden und Muslimen;
- Entstehen von Kreuzfahrerstaaten (Königreich Jerusalem, Grafschaft Tripolis, Fürstentum Antiochia, Grafschaft Edessa);
- Verbleiben nur eines Teils der Kreuzritter im Heiligen Land: kleine Schicht, die Feudalherrschaft in Kreuzfahrerstaaten ausübte.

14 Langfristige Folgen der Kreuzzugsbewegung:

- Aussterben adliger Geschlechter, Verarmung vieler aus dem Heiligen Land zurückkehrender Ritter;
- Hass in der muslimischen Welt aufgrund der Erinnerung an die exzessive Gewaltanwendung durch die Kreuzritter, Verschärfung der Gegensätze zwischen muslimischer und christlicher Welt;
- Verstärkung des Antijudaismus;
- Vertiefung der Kirchenspaltung: Kluft zwischen römischer und griechisch-orthodoxer Kirche;
- Prestige- und Machtverlust des Papsttums;
- aber auch kultureller Austausch zwischen Orient und Okzident.

15 Bewertung des UN-Teilungsplans durch die jüdische und arabische Seite:

jüdische Bewertung:

- grundsätzlich Zustimmung zum Teilungsplan: Anerkennung der Existenz eines jüdischen Staates wurde als großer Erfolg gewertet, Verwirklichung des lange verfolgten zionistischen Ziels der Gründung eines jüdischen Staates;
- Hoffnung auf spätere Korrektur der Staatsgrenzen;



© STARK Verlag

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK